

Antrag

der Abgeordneten Sylvia Kotting-Uhl, Lisa Badum, Dr. Bettina Hoffmann, Steffi Lemke, Gerhard Zickenheiner, Annalena Baerbock, Harald Ebner, Matthias Gastel, Stefan Gelbhaar, Britta Haßelmann, Oliver Krischer, Christian Kühn (Tübingen), Renate Künast, Dr. Ingrid Nestle, Markus Tressel, Dr. Julia Verlinden, Daniela Wagner und der Fraktion BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN

10 Jahre nach dem GAU von Fukushima – Atomkraft hat keine Zukunft

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Zehn Jahre nach der Nuklearkatastrophe von Fukushima werden für die Bergung des geschmolzenen Kernbrennstoffs aus den havarierten Reaktoren in Japan noch weitere Jahrzehnte angesetzt. Eine Dekade nach der japanischen Dreifach-Katastrophe lagert mehr als eine Million Kubikmeter von der Kühlung der havarierten Reaktoren mit Tritium kontaminiertes Wasser auf dem Kraftwerksgelände Fukushima Daiichi, für das es kein anderes Endlager als den Pazifik gibt. Trotzdem schwindet in Europa die Erinnerung an das Desaster und Befürworter dieser hochgefährlichen Technologie beschwören eine Renaissance der Atomkraft.

Diese wird es nicht geben. Atomkraft hat keine Zukunft. Ignoranten des Risikos reden von einem hohen Beitrag der Atomkraft zur Versorgungssicherheit, als wäre diese nicht mit Erneuerbaren sicherzustellen.¹ Die Atomkraft wird als klimaneutral dargestellt, obwohl in der Kette von Uranförderung, Anreicherung, Bau von Atomkraftwerken und Endlagerung ein beträchtlicher CO₂-Ausstoß samt einer Vielfalt an nicht verwertbaren radioaktiven Abfallarten entsteht. Der „klimaneutrale“ Strom aus AKWs ist nachweislich von deutlich mehr CO₂ pro Kilowattstunde belastet als Photovoltaikanlagen, Windräder oder Wasserkraftwerke.² Atomkraft sei auch kostengünstig, wie ein Bündnis konservativer Abgeordneter im Europaparlament zuletzt erklärte.³ Auch dieses Argument ist angesichts ökonomischer Vergleiche von Atomkraft mit Erneuerbaren einfach zu widerlegen. Eine europäische Renaissance der Atomkraft wird von Interessengruppen wider besseres Wissen versucht herbeizureden.

¹ Agora Energiewende, Klimaneutrales Deutschland, https://static.agora-energiewende.de/fileadmin2/Projekte/2020/2020_10_KNDE/A-EW_192_KNDE_Zusammenfassung_DE_WEB.pdf

² Uran-Atlas 2019, www.bund.net/fileadmin/user_upload_bund/publikationen/atomkraft/uranatlas_2019.pdf, S. 48.

³ Road to EU Climate Neutrality by 2050, https://roadtoclimate.neutrality.eu/Energy_Study_Full.pdf

Tatsächlich ist von einer Renaissance nichts zu sehen. Von Jahr zu Jahr sinkt der Anteil des weltweit aus Atomkraft erzeugten Stroms.⁴ Neubauten in Europa stocken und ihre Kosten explodieren (Beispiele Flamanville, Olkiluoto und Mochovce), Investoren scheuen diese Milliardengräber (Beispiel Wylfa) und Regierungen sehen sich gezwungen, unverhältnismäßig hohe Beihilfen zu versprechen, um die politisch gewollten Atomkraftwerke zu verwirklichen (Beispiel Hinkley Point C). Eine Megawattstunde Atomstrom kostet im ungarischen Paks II voraussichtlich 100 Euro, im britischen Hinkley Point C 119 Euro und im französischen Flamanville bis zu 125 Euro.⁵ Damit Atomkraftwerke in Europa zu den jetzigen Marktbedingungen tatsächlich gebaut werden, benötigen die Projekte nebst Beihilfen zum Beispiel eine russische Exportfinanzierung – ein aus geopolitischer Sicht trojanisches Pferd (Beispiel Paks und Ostrovets), eine gewaltige Bereitschaft zur Überschuldung auf Unternehmensseite (Beispiel Betreiberin EDF – ein Staatsunternehmen) oder alte Neubau-Ruinen, die nun fertig gestellt werden (Beispiel Mochovce und Temelín). Sogar China und Indien werden Atomkraftwerke zu teuer, obwohl beide Länder mit geringeren Sicherheitsstandards und ohne Öffentlichkeitsbeteiligung bauen.⁶ Da der Neubau von Atomkraftwerken sich ökonomisch nicht rechnet, greifen etliche europäische Länder zu Laufzeitverlängerungen. Frankreich hat seinen geplanten Teilatomausstieg um 10 Jahre verschoben und für seine alten Atomkraftwerke eine Verlängerung der Betriebszeit von 40 auf 50 Jahre beschlossen.

Warum hat Atomkraft trotz aller nachgewiesenen und berechenbaren Nachteile und Risiken eine solche Attraktivität auf einen bestimmten Typus von Menschen, Parteien und Länder? Vor allem scheint es die Vorstellung von Macht und Unabhängigkeit zu sein, die sich vom Besitz von Atomwaffen auf die Betreibung von Atomkraftwerken überträgt. Tatsächlich ist die sogenannte zivile Nutzung der Atomkraft nur selten vollständig von der militärischen zu trennen. Diese Symbolkraft von Macht der AKW hat ihre Anziehung trotz Tschernobyl und Fukushima nicht verloren.

Dazu kommt neben den Legenden von Klimaschutz und Kostengünstigkeit die Vorstellung von Energieautarkie, da der Brennstoff Uran anders als Kohle oder Gas in vergleichsweise geringen Mengen benötigt wird und dank verheerender Abbaubedingungen billig erscheint. All diese Mythen werden von den weltweit vernetzten Atomfirmen am Leben gehalten. Für die kapitalintensiven Unternehmen ist ein Unternehmensumbau auf zukunftsfähige Technologie keine lukrative Alternative.

Lobbyisten und Länder, die sich von diesen haben einfangen lassen, versuchen nun, auf EU-Ebene günstige Rahmenbedingungen für Neubau und Betrieb von Atomkraftwerken herauszuschlagen. Dagegen braucht es den gleichen Widerstand, der auf den Straßen Deutschlands zum Atomausstieg geführt hat.

Die Bundesregierung des Landes, das nach Fukushima das Risiko der Atomkraft für nicht mehr zumutbar hält, hat vor allen Anderen die Verantwortung, sich gegen die Schaffung neuer, günstiger Rahmenbedingungen für die Atomkraft einzusetzen. Es geht hier zum Beispiel um die Förderung von gelbem Wasserstoff⁷ oder die Einstufung der Atomkraft als grüne Geldanlage.⁸ Die Bundesregierung stellt sich diesen Plänen

⁴ Mycle Schneider et al., The world nuclear industry status report 2020, https://www.worldnuclearreport.org/IMG/pdf/wnisr2020-v2_lr.pdf, S.18

⁵ Energy Brainpool, Steuerbare erneuerbare Energien als Alternative zur Kernkraft Kostenvergleich für Polen, Slowakei, Tschechien und Ungarn, https://www.energybrainpool.com/fileadmin/download/Studien/Kurzstudie_2018-04-20_GPE_Steuerbare_erneuerbare_Energien_als_Alternative_zur_Kernkraft.pdf

⁶ Deutsche Welle, Atomkraft: Schleichendes Ende oder Renaissance?, 05.02.2021, www.dw.com/de/atomkraft-ende-renaissance-endlagersuche-deutschland-usa-china-indien-russland-polen-erneuerbare/a-56442340

⁷ Pressemitteilung des BUND, Keine Förderung für Wasserstoff aus Atomkraftwerken, 11.12.2020, www.bund.net/service/presse/pressemitteilungen/detail/news/keine-foerderung-fuer-wasserstoff-aus-atomkraftwerken-deutschland-darf-atomausstieg-nicht-durch-europaeische-hintertuer-aushebeln/

⁸ Euractiv, Kritik an EU-Kommission wegen Bericht über Atomenergie, 20.07.2020, www.euractiv.de/section/energie-und-umwelt/news/kritik-an-eu-kommission-wegen-bericht-ueber-atomenergie/

nur zurückhaltend entgegen und versagt engagierteren Ländern wie Österreich und Luxemburg häufig die Unterstützung. Zu den AKW-Neubauplänen und -Laufzeitverlängerungen ihrer Nachbarstaaten nimmt sie nicht Stellung und erschwert es gleichzeitig der deutschen Bevölkerung, ihr Mitspracherecht zu nutzen.

Zudem untergräbt Deutschland die eigene Glaubwürdigkeit beim Atomausstieg, solange dieser hierzulande nicht konsequent verfolgt wird. Trotz Atomausstiegsbeschluss trägt Deutschland dazu bei, dass sich das europäische Atomkarussell weiterdreht. Die ANF-Brennelementefabrik in Lingen hat in den letzten zwei Jahrzehnten fast alle Nachbarstaaten mit AKW mit Brennelementen beliefert, darunter das älteste AKW der Welt im schweizerischen Beznau, die belgischen Skandalreaktoren, die französischen AKW Cattenom und bis zur Abschaltung auch Fessenheim, die massiv gegen die nach Fukushima von den europäischen Atomaufsichten erkannten europäischen Mindestanforderungen in Sachen Störfallsicherheit verstoßen.

Die Behörden unter Aufsicht der Bundesregierung stellen deutschen Atomfabriken auch in den bedenklichsten Fällen Ausfuhrgenehmigungen aus, nicht nur zur Versorgung grenznaher Risikomeilern mit Brennstäben, sondern auch zur Versorgung Russlands mit ab- und angereichertem Uran trotz europäischer Sanktionen.⁹ Auch eine japanische Brennelementefabrik wird mit Uran versorgt. Die Umsetzung des Koalitionsvertrages im Zusammenhang mit der Atomproduktion in Deutschland wurde aufgegeben.¹⁰ Auch der Einstieg deutscher Energieversorger in Projekte zum Neubau von Atomkraftwerken in Europa wird hingenommen.

Zehn Jahre nach Fukushima muss die Bundesregierung ihre lax gewordene Haltung gegenüber der Nutzung der Atomkraft überwinden und zu einer engagierten kämpferischen Haltung zurückkehren. Der Atomausstieg im eigenen Land muss konsequent zu Ende geführt werden. In Brüssel muss sie eine entschlossene Stimme gegen die versuchte Renaissance der Atomkraft werden. Denn selbst wenn eine Renaissance aufgrund der ökonomischen Unvernunft und der Überlegenheit der Erneuerbaren Energien am Ende nicht erfolgreich sein wird, verzögert sie die notwendige Energiewende und damit konsequenten Klimaschutz, verschlingt Ressourcen und verlängert das Risiko.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

den deutschen Atomausstieg zu vervollständigen, indem sie

- sich gegen den Einstieg deutscher Unternehmen ins Atomgeschäft stellt, ihre Aufsichtspflicht über Urenco wahrnimmt und auf RWE und E.On einwirkt, den Einstieg in das AKW-Neubaugeschäft in Großbritannien zu unterlassen;
- die Schließung der Atomfabriken in Deutschland zum Ziel erklärt,
 - als Zwischenschritt sofort die Ausfuhr von Kernbrennstoffen aus deutscher Produktion in Anlagen im Ausland, deren Sicherheit aus deutscher Sicht zweifelhaft ist, verhindert. Dazu gehören Cattenom, Doel, Tihange, Borssele, Temelin, Beznau und Leibstadt;

⁹ Kotting-Uhl.de, Gutachten zur Zulässigkeit von Exportgenehmigungen für Uran von Deutschland nach Russland, 6.10.2020, <https://kotting-uhl.de/site/gutachten-zur-zulaessigkeit-von-exportgenehmigungen-fuer-uran-von-deutschland-nach-russland/>

¹⁰ Tageszeitung, Kein Exportverbot mehr vor der Wahl, 14.01.2021, <https://taz.de/Deutsche-Atombrennstaebe-fuer-alte-AKW/!5739139/>

- als Zwischenschritt eine rechtskonforme und darüber hinaus restriktive Genehmigungspraxis für Ausfuhren von radioaktivem Material anwendet. Insbesondere für Ausfuhren von an- und angereichertem Uran, die offensichtlich gegen das EU-Recht verstoßen, dürfen keine Ausfuhrgenehmigungen mehr ausgestellt werden;
 - angereichertes Uran als Abfall normiert und die Unternehmen zur regelrechten Entsorgung verpflichtet;
 - darüber hinaus eine Politik der Transparenz in Bezug auf genehmigungsbezogene Informationen im Atombereich anwendet. Die Zurückhaltung von solchen Informationen zur Einschränkung der Überprüfbarkeit ist unangemessen;
- einer versuchten Atomkraft-Renaissance in Europa entgegenzutreten, in dem sie
- sich auf EU-Ebene entschlossen gegen neue Atomkraftförderung stellt. Dazu gehört insbesondere die Einstufung als nachhaltige Geldanlage und die Förderung von gelbem Wasserstoff;
 - sich an den AKW-Plänen, Neubauvorhaben und Laufzeitverlängerungen von Nachbarstaaten systematisch mit einer Stellungnahme beteiligt. Außerdem muss sie bei jedem Vorhaben für Information und Konsultation der deutschen Bevölkerung sorgen;
 - engagiert für die Idee eines europäischen Atomausstieges wirbt und eine aktive Vernetzung in diesem Sinn vorantreibt. Es bedarf dringend eines Bündnisses zukunftsorientierter Staaten in Europa, die die Energiewende auf Basis von erneuerbaren Energien erreichen wollen.

Berlin, den 2. März 2021

Katrin Göring-Eckardt, Dr. Anton Hofreiter und Fraktion